Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Hoflieferant Altmarkt 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Adolf Näter, Prager Strasse 26
Fabrik feiner Lederwaren
Weihnachts-Neuheiten.

Uhrketten
von 40 Pfg. bis 200 Mark.
Letzte Neuheiten! Beste Fabrikate!
Gustav Smy
Dresden-A., Moritzstr. 10, Ecke König Johann-Str.

Heinr. Meyers
Lebertran-Emulsion
grosse Flasche 2 Mark. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Hofphotograph Hahn Nachf., Ferdinandstrasse No. 11, zwischen Ferdinandplatz und Bürgerwiese. Gegründet 1851. Mehrfach prämiiert. Dutzend Visit M. 6, grössere Formate entsprechend. Spezialität: Lebensgrosse Porträts in Pastell etc. — Gruppen- und Kinderaufnahmen in besonders geeigneten Ateliers.

Nr. 323. Spiegel: Japs und Yankees. Hofnachrichten, Vermögensstand Dresdens, Lesehalle f. d. Plauenschen Grund, Gerichtsverhandlungen. Wolken, Marokko. Bußtagskonzert.

Mutmaßl. Witterung: Kühl, veränderlich.

Freitag, 23. November 1906.

Japs und Yankees.

Das Selbstbewußtsein der gelben Rasse erstarkt in ihren Hauptvertretern, den Japanern, mehr und mehr und gibt sich in dem Auftreten und Verhalten gegenüber den großen nichtasiatischen Kulturmächten vielfach in höchst unliebsamer Weise kund. Gestützt auf die englische Bundesgenossenschaft und unter dem noch unmittelbar fortwirkenden Eindrucke der kriegerischen Erfolge gegen die Russen, deren auch für die Sieger ungeheuerliche Opfer anscheinend nicht die erhoffte abschwächende Wirkung auf den „Nipponismus", wie man den japanischen nationalen Chauvinismus nach dem der Landessprache entlehnten Worte „Nippon" — Sonnenaufgang — benennt, ausgeübt hat, dehnen die Japaner den Umkreis ihrer internationalen Ansprüche stets weiter aus und geben sich dabei mit einer, gelinde gesagt, Ungeniertheit, die ganz geeignet ist, böses Blut zu machen. Namentlich im Punkte der Spionage sind die „Japs" von einer Aufdringlichkeit und Rücksichtslosigkeit, die schier keine Grenzen kennt. In Ostasien gebärden sie sich völlig als die alleinigen Herren und gehen augenscheinlich darauf aus, das durch den Friedensvertrag mit Rußland festgelegte Prinzip der offenen Tür in der Mandschurei zu ihren ausschließlichen handelspolitischen Gunsten mit dem Grundsatze der geschlossenen Tür zu vertauschen und den dortigen Handelsverkehr für sich zu monopolisieren. Wegen der in Französisch-Indochina betriebenen Spionage hat ein Teil der französischen Presse jüngst lebhafte Klagen erhoben und daran erinnert, daß während des russischen Krieges die Nachricht auftauchte, die japanische Regierung habe ursprünglich geschwankt, ob sie an Rußland oder Frankreich den Krieg erklären solle; für alle Fälle liege aber ein Feldzugsplan gegen Indochina in den Mappen des Tokioter Generalstabes bereit. Der diplomatische Zug der Zeit geht zwar trotz des augenscheinlichen Unbehagens, das die fieberhafte nationale Unruhe der gelben Söhne des Ostens allen nichtasiatischen Völkern und Staaten, auch den verbündeten Engländern, bereitet, dahin, angesichts der noch nicht endgültig entschiedenen Rolle, die Japan in dem künftigen Weltbilde zu spielen berufen ist, die Japaner möglichst mit Glacéhandschuhen anzufassen und offiziell lauter Gutes von ihnen zu reden. Diese Taktik hat auch Fürst Bülow in seiner letzten Reichstagsrede wohl oder übel mitmachen müssen. In Wirklichkeit aber kann sich niemand darüber täuschen, daß die japanische Politik den gesamten ausländischen Einfluß ungern sieht und sich seiner am liebsten nach Art der amerikanischen Monroedoktrin gänzlich entledigen möchte. Das Verhalten Japans gegen die Kulturmächte trägt im allgemeinen den Stempel einer gewissen mißtrauischen Gereiztheit, die Presse des Landes wittert überall fremde Machenschaften, und selbst die Engländer bekommen ihr Teil Kritik in zuweilen recht ungeschminkter Form zu hören.

In der letzten Zeit sind es besonders die Vereinigten Staaten von Amerika gewesen, die sich die „Japs" aufs Korn genommen haben. Die Japaner schielen argwöhnisch und angelegentlich über das große Wasser nach der Union hinüber, deren philippinische Machtvorlagerung unmittelbar vor ihrem Inselreiche sie mit fortgesetzter Unruhe erfüllt, als eine stets mahnende Erinnerung, daß der Stille Ozean kein Binnensee ist, über den Japan nach Belieben verfügen kann. In dem japanischen Volksempfinden ist ohne Frage bereits das Bewußtsein ausgeprägt, daß die Namen „Japs" und „Yankees" zwei Begriffe darstellen, die sich auf die Dauer schwerlich unter einen Hut werden bringen lassen. Bezeichnend für die Art, wie die „Japs" ihr Verhältnis zu Amerika auffassen, ist die ausgedehnte Spionage, die sie in der amerikanischen Marine geübt haben und deren Aufdeckung den ersten Grund zur Verstimmung auf amerikanischer Seite darbot. Neuerdings ist ein weiterer Anlaß zum Zwiste hinzugekommen, indem der Staat Kalifornien sich geweigert hat, japanische Schüler auf der gleichen Schulbank mit den Kindern weißer Eltern sitzen zu lassen. Ein solches Vorgehen entspricht durchaus dem amerikanischen Nationalgefühl und Volksempfinden. Die gelbe Rasse ist dem Yankee auf das tiefste verhaßt und in innerster Seele zuwider, und die allgemeine Abneigung gegen die Gelben in Amerika steht mit der Feindschaft gegen die Schwarzen auf der gleichen Höhe. Die Ursache dieser Erscheinung liegt darin, daß der gelbe Arbeiter, der Kuli, eine Lebensweise führt, die überall die schwersten und abstoßendsten sittlichen Mißstände zur Schau trägt und deren für nichtasiatische Begriffe kaum faßliche Bedürfnislosigkeit es dem weißen Arbeiter schlechtweg unmöglich macht, mit dem Kuli in Wettbewerb zu treten. Zuerst waren es nur die Chinesen, die der Amerikaner von dieser Seite kennen lernte, und praktisch, wie er ist, ließ er Theorie Theorie sein und schuf gegen die chinesische Einwanderung ein Ausnahmegesetz, das noch heute besteht und den Erfolg gehabt hat, die Zahl der in den Vereinigten Staaten ansässigen Chinesen von einer Viertelmillion auf etwa 90 000 zu vermindern. Dabei ist es nicht ohne blutige Ausschreitungen abgegangen, in denen sich die amerikanische Erbitterung mehrfach in ähnlicher Weise Luft machte, wie gegen die Neger.

Inzwischen sind neben den Chinesen die Japaner auf den Plan getreten, und zwar mit solcher Vehemenz, daß sie jetzt bereits die chinesische Kopfzahl in den Vereinigten Staaten erreicht haben. Die Union wird also von der gelben Einwanderung aufs neue in sehr empfindlicher Weise bedroht, da die Japaner die amerikanische Westküste als willkommene Ableitung ihrer überschüssigen Bevölkerung betrachten und daneben wohl auch noch den Zweck verfolgen, dort für den Fall eines künftigen Krieges mit Amerika schon jetzt festen Fuß zu fassen. Dagegen steht nun der amerikanische Volksgeist auf. Zuerst hat der Staat Kalifornien die japanischen Schüler aus den Schulen der Weißen vertrieben, und andere Staaten werden diesem Beispiele folgen. Dazu steht die gesamte wohlorganisierte und politisch höchst einflußreiche Arbeiterschaft des Westens wie ein Mann gegen die japanische Einwanderung, und ein solches Gewicht in der Wagschale bedeutet im klassischen Lande der Parteipolitik nicht bloß viel, sondern es gibt unter Umständen den Ausschlag, wie sich das bei der Behandlung der Chinesenfrage gezeigt hat. Die Japaner sind aber nicht so geduldig, wie die Chinesen, die sich bislang von den Amerikanern alles ruhig haben gefallen lassen, bis in die allerneueste Zeit, wo sie sich zu einem Boykott amerikanischer Waren aufgerafft haben. Die japanische Regierung hat wegen der Schulfrage flugs in Washington Beschwerde erhoben, weil das Völkerrecht den japanischen Einwanderern Rechtsgleichheit mit den Weißen im ganzen Bundesgebiet auf Grund der in Japan genossenen Gegenseitigkeit gewährleiste. Die Washingtoner Regierung steckt in einer Klemme, weil sie einerseits die Japaner, mit denen auch noch die Rechnung wegen der Tötung japanischer Robbenfänger bei Alaska zu begleichen ist, aus Rücksicht auf die amerikanischen Handelsinteressen in Ostasien nicht vor den Kopf stoßen will, anderseits aber auch machtlos dagegen ist, wenn die Einzelstaaten sich auf den Standpunkt stellen, daß die Japaner ebensogut, wie es besondere Chinesen- und Negerschulen gibt, sich mit eigenen Lehranstalten zufrieden geben müßten. Präsident Roosevelt tut sein möglichstes, um durch verbindliche Redensarten und persönliche Schmiegsamkeit den Zorn der Japaner zu besänftigen, und diese werden sich hüten, im gegenwärtigen Augenblick einen ernsten Konflikt mit einem Staate heraufzubeschwören, dessen gewaltige Hilfsquellen sie aus eigener Anschauung genau kennen. Der bevorstehende japanische Geschwaderbesuch an der Westküste der Vereinigten Staaten gibt aber zu denken. Aus reiner „dicker Freundschaft" für die Yankees kommen die Japs sicher nicht. Sie wollen vielmehr zeigen, daß sie bei dem Kampfe der Zukunft um die Herrschaft im Stillen Ozean ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben, und ihre aus dem Kriege mit Rußland fast unversehrt hervorgegangene mächtige Flotte soll den Amerikanern nicht bloß imponieren, sondern zugleich eine Rekognoszierungsfahrt für weniger harmlose Möglichkeiten darstellen. Die Yankees werden das verstehen und sich mit vermehrtem Eifer dem Ausbau ihrer eigenen Flotte zuwenden.

Neueste Drahtmeldungen vom 22. November.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) **Reichstag.** Eingegangen Interpellation der Polen betreffend Schulstreik. Die zweite Lesung der Gesetznovelle über das Baugewerbe wird fortgesetzt. — Geh. Regierungsrat Münchgesang widerspricht der Annahme, als ob es mit der Baukontrolle außerordentlich schlecht in Preußen bestellt sei. Die Zahl der behördlichen Baukontrolleure sei erheblich vermehrt worden. Arbeiterkontrolleure freilich könne man nicht gebrauchen, einmal, weil den Arbeitern doch die Vorbildung zu solcher Tätigkeit fehlen würde, sodann aber, weil, wenn aus den Kreisen der Beteiligten, also der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, Kontrolleure genommen würden, zu befürchten sei, daß dadurch noch die Kluft zwischen jenen erweitert werde. — Abg. Erzberger (Zentr.) dringt vor allem auf eine Instanz für einheitliche Entscheidung darüber, wer der Handwerkskammer und wer der Handelskammer angehöre. Auch im Interesse der Lehrlingsfrage bedürfe es einer Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk. Das sei für das Handwerk noch wichtiger, als die gegenwärtige Vorlage. Was die Bauunfälle anlange, so sei es Tatsache, daß bei den Regiebauten der preußischen Verwaltungen auffälligerweise doppelt so viel Unfälle vorkämen, als bei denen anderer Bundesstaaten. Seine Partei fordere: erstens reichsgesetzliche Kontrollvorschriften und zweitens Teilnahme der Arbeiter an der Baukontrolle. Die sozialdemokratischen Anträge wegen der Baukontrolle seien zu detailliert und zum Teil noch nicht reif für die Gesetzgebung. — Abg. Herbert (Soz.) ersucht den preußischen Kommissar, sich durch seine süddeutschen Kollegen über die Wirksamkeit der Arbeiterkontrolleure unterrichten zu lassen. Was dem Handwerk not tue, sei eine gut zahlende Kundschaft und gute Schulen. — Geh. Regierungsrat Dr. Franke bemerkt auf eine Erzbergersche Anfrage, ob Schritte in Aussicht seien, um Großbetriebe, die handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter beschäftigen, zur Steuer für die Handwerkskammer heranzuziehen: Der Herr Reichskanzler habe sich mit dem preußischen Handelsminister in Verbindung gesetzt, um zu ermitteln, in welchem Umfange handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter in der Großindustrie Verwendung finden. Das Resultat der Erhebungen liege noch nicht vor; je nachdem es ausfalle, würde entschieden werden, ob entsprechende Maßnahmen zu ergreifen seien. — Abg. Hilpert (bayr. Bauernbündler) tritt für den allgemeinen Befähigungsnachweis ein. — Abg. Malkewitz (kons.) bemerkt, daß, soweit er unterrichtet sei, die Fragebogen über die Beschäftigung handwerksmäßig ausgebildeter Arbeiter in der Industrie leider keinen einheitlichen Charakter hätten. Jedenfalls gebe das Handwerk viele ausgebildete Arbeiter an die Industrie ab, trotzdem sträube sich die Industrie gegen Beiträge an die Handwerkskammern. Weiter bekämpft Redner die Forderungen Erzbergers betreffs der Baukontrolle. Ebenso tut dies Abg. Pauli-Potsdam (kons.), der insbesondere betont, daß auch in den süddeutschen Staaten die Beteiligung der Arbeiter an der Baukontrolle keineswegs zu einem Rückgange in der Zahl der Bauunfälle geführt habe. Auf jeden Fall schädige die Mitwirkung der Arbeiter an der Kontrolle die Autorität der Unternehmer. Die Sozialdemokraten seien ja überhaupt nicht Freunde, sondern Feinde des Handwerks wie des ganzen Mittelstandes. Uebrigens auch Feinde der Arbeiter, denn der Sozialdemokratie komme es nur darauf an, die Parteikasse aus den Geldern der Arbeiter zu füllen; was sonst aus den Arbeitern und ihren Familien werde, sei der Sozialdemokratie egal. (Ironischer Beifall links.) — Abg. Gothein (freis. Ver.) meint, wenn schon der Befähigungsnachweis ein Allheilmittel für alle Gewerbe sein solle, so müsse er auch für das Landwirtschaftsgewerbe eingeführt werden; andernfalls dürfe er auch den anderen Gewerben nicht aufgedrängt werden. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Es solle künftig nur verhindert werden, daß sich Meister nenne und Lehrlinge halte, wer den Meistertitel nicht erworben habe. Das Handwerk selbständig auszuüben, solle auch künftig nicht verhindert werden. Der Einwand, daß doch jemand, der etwa als Schornsteinfeger den Meistertitel durch Prüfung erworben habe, sicherlich ungeeignet sei, in einem beliebigen anderen Gewerbe Lehrlinge auszubilden, sei doch zu weit hergeholt. Es könne ja wohl in der Weltgeschichte vorkommen, daß jemand als Schornsteinfeger geprüft sei und nachher das Gewerbe als Koch betreibe (Heiterkeit), aber einen Einfluß auf die Weltgeschichte habe das jedenfalls nicht. Allenthalben zeige sich das Bestreben nach korporativen Zusammenschlüssen und nach gewissen Kriterien hierfür, auch bei der Linken; das zeigten die Kaufmannsgerichte und die Gewerbegerichte. Also habe doch wohl auch das Handwerk das Recht, sich korporativ zusammenzuschließen und die dazu erforderlichen Voraussetzungen zu verlangen. — Damit schließt die Debatte. Artikel 1, d. i. der nunmehr fünfte Absatz des § 35 der Gewerbeordnung, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Vereinigung angenommen. § 35a, wonach Mangel an theoretischer Vorbildung gegenüber geprüften Personen nicht als „Tatsache im Sinne des § 35, Absatz 5" geltend gemacht werden kann, wird ohne weitere Debatte mit der gleichen Mehrheit angenommen. Der erst in der Kommission eingefügte Artikel 2a, der auch gegenüber den Baugewerbetreibenden die polizeibehördlichen Vorschriften über Bücherführung und sonstige polizeiliche Kontrolle zuläßt, wird nach kurzer Debatte wieder gestrichen. Der Rest der Vorlage wird in der Kommissionsfassung angenommen und auf Antrag des Zentrums das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. April 1907 angesetzt. Angenommen wird ferner die Resolution betreffend tunlichst baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Anstellung besonderer Beamter für die Baukontrolle in genügender Anzahl unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern, sowie betreffs reichsgesetzlichen Erlasses von Bauarbeiterschutzverordnungen. Eine weitere Resolution wünscht obligatorische Fortbildungsschulen. — Abg. Trimborn (Zentr.) beantragt dagegen eine Resolution, die nur eine „Verständigung der verbündeten Regierungen" über möglichst gleichmäßige Durchführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts anstrebt. — Durch Hammelsprung wird die Resolution der Kommission mit 130 gegen 126 Stimmen abgelehnt und die Resolution Trimborn angenommen. — Angenommen wird endlich die Resolution betreffend den kleinen Befähigungsnachweis. — Es folgt zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst und der Photographie. Der erste Abschnitt handelt von den Voraussetzungen des Schutzes. § 2 hat in der Kommission eine andere Fassung erhalten, die das Kunstgewerbe ausdrücklich als schutzberechtigt nennt. Das Kunstwerk braucht also nicht ausschließlich künstlerische Zwecke zu verfolgen; auch werden dadurch insbesondere die Bedenken aus der internationalen Gesetzgebung hinweggeräumt. Nach kurzer Debatte, in der Redner verschiedener Parteien dem Gesetze in der vorliegenden Fassung zustimmen, werden §§ 1 bis 22a genehmigt. — Schluß der Sitzung 6¼ Uhr. Morgen 1 Uhr: Weiterberatung; dann Gesetzentwurf betr. die Rechtsgültigkeit der Berufsvereine.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht amtlich, daß der Ritterschaftsrat und Rittergutsbesitzer Arnim auf Criewen zum Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt und der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg von der Leitung des Landwirtschaftsministeriums, mit der er interimistisch betraut war, entbunden worden ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie die „Braunschweig. Landes-Ztg." behauptet, sollen Verhandlungen schweben, die Regentschaft in Braunschweig dem Prinzen Eitel Friedrich von Preußen zu übertragen. In unterrichteten Kreisen wird diese Meldung für völlig grundlos erklärt; Prinz Eitel Friedrich komme für die Uebernahme der Regentschaft in Braunschweig nicht in Betracht und es schwebten keinerlei dahinzielende Verhandlungen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In dem Befinden des seit einigen Monaten leidenden und seit mehreren Wochen schwerkranken Ministerialdirektors Althoff ist in den letzten Tagen nach einer kurzen Besserung wieder eine sehr bedenkliche Verschlimmerung eingetreten.

Berlin. Der Bundesrat überwies heute die Vorlage betr. Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für 1906, den Entwurf einer deutschen Arzneitaxe 1907, den Entwurf einer kaiserlichen Verordnung betr. die Ausdehnung der §§ 185 bis 189b der Gewerbeord-

Frische und sterilisierte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung)
Milchkur-Anstalt „Nantas" M. Winkler, Kgl. Sächs. Hof., nur Zwickauer Str. 24.